

# ANTRAG

Gremium: *Landeskongress*

Beschlussdatum: *07.12.2024*

Tagesordnungspunkt: *13.2. Leitantrag des Landesvorstands*

## LANEU: Wir bauen uns unsere Zukunft

### Antragstext

<sup>1</sup> Der Landeskongress von JUNOS-Tirol möge beschließen:

<sup>2</sup> Die Wohnsituation in Tirol spitzt sich immer weiter zu: Steigende Mieten,  
<sup>3</sup> fehlender Wohnraum und undurchsichtige Vergabepräxen beim gemeinnützigen Wohnbau  
<sup>4</sup> lassen bei vielen Menschen das Gefühl zurück, dass das oft zitierte  
<sup>5</sup> "Aufstiegsversprechen" zunehmend außer Reichweite gerät. Gerade für junge  
<sup>6</sup> Menschen wird der Traum von leistbarem Wohnen oder Eigentum immer schwieriger zu  
<sup>7</sup> verwirklichen. Hier braucht es entschlossenes Handeln und innovative Lösungen,  
<sup>8</sup> um den Menschen in Tirol eine Zukunftsperspektive zu geben. Wir wollen uns  
<sup>9</sup> unsere Zukunft bauen – mit klaren Maßnahmen, die mehr Fairness, Effizienz und  
<sup>10</sup> Transparenz schaffen und so für leistbaren Wohnraum sorgen.

### <sup>11</sup> Mehr Wohnraum schaffen

<sup>12</sup> Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren stark gewachsen, doch der Wohnungsbau  
<sup>13</sup> hat mit dieser Entwicklung in Tirol nicht Schritt gehalten. Das Ergebnis: Ein  
<sup>14</sup> knappes Angebot trifft auf steigende Nachfrage, wodurch die Mieten immer weiter  
<sup>15</sup> steigen. Besonders in den Ballungszentren wird günstiger Wohnraum zunehmend zur  
<sup>16</sup> Mangelware.

<sup>17</sup> Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es vor allem eines: den Bau  
<sup>18</sup> neuer Wohnungen zu besseren Konditionen. Verdichteter Neubau, die Mobilisierung  
<sup>19</sup> von Leerstand sowie die Sanierung und Umnutzung bestehender Gebäude können  
<sup>20</sup> helfen, den Bedarf zu decken und die Preisspirale zu bremsen.

<sup>21</sup> In Tirol verschärft der akute Mangel an leistbarem Wohnraum die

22 Wohnkostenproblematik erheblich. Ein zentraler Hebel zur Entspannung der  
23 Situation liegt in der Mobilisierung von Wohnraum einerseits durch den Bau neuer  
24 Wohnflächen und andererseits durch die Mobilisierung von bereits vorhandenem,  
25 aber leer stehendem Wohnraum durch eine Attraktivierung des Vermietens. Doch das  
26 derzeitige Mietrechtsgesetz (MRG) steht diesem Ziel oft entgegen, da es durch  
27 starre Regelungen Vermieter: innen abschreckt, Wohnungen zu vermieten. Eine  
28 umfassende Reform des MRG würde Hindernisse abbauen, indem sie mehr Flexibilität  
29 bei Mietverträgen schafft und gleichzeitig Mieter:innenrechte wahrt. Zusätzlich  
30 dazu sind Maßnahmen auf Landesebene notwendig, um den Wohnraum effizienter zu  
31 nutzen und gezielt auszubauen:

## 32 **Nachverdichtung forcieren**

33 Tirol verfügt aufgrund der geografischen Situation über ein sehr begrenztes  
34 Flächenpotenzial für Neubauten. Eine höhere und verdichtete Bauweise ist daher  
35 ein zentraler Ansatz, um den vorhandenen Raum im gesamten Land effektiver nutzen  
36 zu können. Durch eine Anpassung der baurechtlichen Vorgaben auf Landes- als auch  
37 Gemeindeebene kann die Nachverdichtung dahingehend unterstützt werden, dass  
38 Gebäude einerseits grundsätzlich höher gebaut werden können und andererseits  
39 bestehende einstöckige Bauten gezielt aufgestockt werden, ohne die  
40 Lebensqualität zu beeinträchtigen. Der große Vorteil der Nachverdichtung ist,  
41 dass mit der Überbauung bestehender Flachbauten, wie zB Supermärkten, in ganz  
42 Tirol neuer Raumbedarf ganz ohne Neuerschließung von Bauland gedeckt werden  
43 kann! Die aktuellen Regelungen stehen dem leider häufig im Weg!

## 44 **Wohnbedarfsgerechtes Bauen stärken**

45 Während die Zahl der Eipersonenhaushalte steigt und die durchschnittliche  
46 Anzahl der Personen pro Haushalt sinkt, nimmt die durchschnittliche  
47 Wohnungsgröße immer weiter zu. <sup>[1]</sup> Um den Bedarf der Bevölkerung besser zu  
48 decken, muss die Wohnraumentwicklung stärker an den tatsächlichen  
49 Lebensrealitäten der Tiroler: innen ausgerichtet und gleichzeitig beachtet  
50 werden, dass logischerweise mehr Wohnfläche auch zu mehr Wohnkosten führt. Dazu  
51 gehört unter anderem der Bau von familienfreundlichem Wohnraum, altersgerechten  
52 Wohnungen für Senior: innen sowie leistbaren Wohnungen für Menschen mit geringen  
53 Einkommen oder Studierende in anderen Lebenssituationen in jeweils angemessenen  
54 Größen, da Wohnen auf passendem und nicht zu viel Wohnraum folglich leistbarer  
55 ist. Besonders im gemeinnützigen Wohnbau muss auf diese Lebenssituationen  
56 eingegangen werden und in Größe als auch dem Standard entsprechend gebaut  
57 werden.

## 58 **Lockierung baurechtlicher Vorgaben bei Sanierungen**

59 Die Lockerung baurechtlicher Vorgaben ist notwendig, um die Sanierung alter  
60 Gebäude zu erleichtern und kostengünstigeres Bauen zu ermöglichen. Häufig  
61 verhindern starre, teils willkürlich wirkende Regelungen, wie etwa strenge  
62 Anforderungen an Raumhöhen, die Nutzung historischer Gebäude. Dies macht die  
63 Schaffung von neuem Wohnraum in bestehenden Strukturen entweder extrem teuer  
64 oder gar unmöglich. Weniger bürokratische Hürden könnten diesen Prozess deutlich  
65 beschleunigen und attraktiver machen und so leerstehenden Wohnraum mobilisieren!

## 66 **Überregionale und unpolitische Raumplanungskompetenz**

67 Eine sinnvolle und nachhaltige Raumplanung muss überregionale Aspekte stärker  
68 berücksichtigen und frei von politischen oder regionalen Einzelinteressen  
69 gestaltet werden. Daher braucht es eine unabhängige, fachlich fundierte  
70 Steuerung, die sicherstellt, dass neue Wohnbauprojekte strategisch sinnvoll  
71 verteilt und vorhandene Flächen effizient genutzt werden. Diese überregionale  
72 Raumplanung soll Zersiedelung verringern, die nicht nur Flächenfraß  
73 verursacht, sondern auch hohe Infrastrukturkosten mit sich bringt als auch  
74 soziale Durchmischung berücksichtigen beim Bau von neuen Wohnprojekten. Wir  
75 fordern daher, dass die Raumplanungskompetenz weg von den Gemeinden auf eine  
76 überregionale und unpolitische Ebene kommt.

## 77 **Auch Innovative Ansätze heranziehen**

78 Die Herausforderungen auf dem Tiroler Wohnungsmarkt erfordern kreative Lösungen,  
79 um bestehenden Wohnraum effizienter zu nutzen. Ein Ansatz ist hierbei zB der  
80 Ausbau des Projekts Sicheres Vermieten.

81 Das Projekt Sicheres Vermieten hilft dabei, ungenutzte Wohnungen, die von  
82 Eigentümern aufgrund der aktuellen Mietrechtssituation nicht vermietet werden,  
83 unkompliziert auf den Mietmarkt zu bringen, indem es die Eigentümer bei der  
84 Vermietung unterstützt. Dieser Ansatz muss, wenn auch er nicht das Problem, dass  
85 Eigentümer aufgrund des aktuellen MRG nicht vermieten wollen, lösen,  
86 vorübergehend noch verstärkt forcieren und auf möglichst bürokratierame Art und  
87 Weise in die Breite getragen werden. Nur so, können noch mehr dringend benötigte  
88 leerstehende Wohnungen auf den Markt gebracht werden!

## 89 **Eigentum (wieder) leistbar machen**

90 Die Frage nach leistungsfähigem Eigentum ist in den letzten Jahren zu einer der  
91 zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen geworden. Steigende  
92 Immobilienpreise, wachsende soziale Ungleichheit und ein stagnierender

93 Wohnungsbau belasten viele Menschen, insbesondere auch junge Menschen. Eigentum,  
94 einst ein zentraler Bestandteil der Lebensplanung und Altersvorsorge, ist für  
95 viele zu einem unerreichbaren Ziel geworden.

96 Gleichzeitig beeinflussen wirtschaftliche Faktoren wie Inflation, höhere  
97 Baukosten und begrenzte Bodenressourcen den Zugang zu Immobilien und erschweren  
98 den Traum vom Eigenheim. Doch Eigentum ist weit mehr als ein finanzielles Ziel:  
99 Es steht für Sicherheit, Unabhängigkeit und langfristige Stabilität. Um Eigentum  
100 für uns junge Menschen wieder erreichbar und somit auch leistbar machen zu  
101 können, haben wir 3 ganz konkrete Forderungen.

## 102 **Deregulierung von Bauvorschriften - TB0 radikal entrümpeln!**

103 Neben weiteren Punkten kann vor allem die Deregulierung von Bauvorschriften  
104 einen erheblichen Beitrag dazu leisten, Wohnraum generell aber insbesondere  
105 Eigentum wieder leistbarer zu machen. Indem unsinnige oder überzogene bauliche  
106 Auflagen beseitigt werden, lassen sich Baukosten deutlich senken. Eine gezielte  
107 Entrümpelung der bestehenden Ö-Normen und OIB-Richtlinien kann dabei den  
108 bürokratischen Aufwand reduzieren und schafft Spielraum für günstigere und  
109 effizientere Bauprojekte. Darüber hinaus stellt eine umfassende Prüfung der  
110 Vorschriften durch Kosten-Nutzen-Analysen sicher, dass nur sinnvolle und  
111 wirtschaftlich vertretbare Vorgaben erhalten bleiben.

112 Ein Beispiel für diese Flexibilisierung ist die Einführung eines neuen  
113 Wohnungstyps mit „Startinfrastruktur“, der zunächst nicht vollständig  
114 barrierefrei ist, jedoch später mit geringem Aufwand entsprechend nachgerüstet  
115 werden kann. Dies ermöglicht die Schaffung preiswerter Wohnungen, ohne die  
116 zukünftige Anpassungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Auch die Förderung  
117 emissionsfreier Heizsysteme durch Anreize für Alternativen wie Wärmepumpen oder  
118 Photovoltaik-Anlagen ist ein wichtiger Schritt. Sie ermöglicht sowohl  
119 ökologisches als auch kosteneffizientes Bauen und Wohnen, was langfristig  
120 finanzielle und ökologische Vorteile bringt. Diese Maßnahmen zusammen schaffen  
121 eine Grundlage für mehr bezahlbaren Wohnraum, ohne die Qualität oder  
122 Nachhaltigkeit zu vernachlässigen.

123 Auf Landesebene lässt sich die Situation der Überregulierung insbesondere in der  
124 Tiroler Bauordnung beobachten. Die Tiroler Bauordnung (TB0) enthält eine  
125 Vielzahl an Vorgaben, die in der aktuellen Form den Bau von leistbarem Wohnraum  
126 erschweren. Zum Beispiel Themen wie die Stellplatzpflicht oder ein  
127 verpflichtender Spielplatz für Wohneinheiten, wie sie zudem in Verordnungen  
128 statuiert werden, stellen ein Hindernis für den Bau von mehr leistbarem Wohnraum  
129 dar, da sie zusätzlichen Raum beanspruchen und die Baukosten erheblich steigern.  
130

131 Eine Abschaffung oder zumindest deutliche Reduktion dieser Regelungen würde  
132 ermöglichen, dass mehr kostengünstigerer Wohnraum auf begrenztem Baugrund  
geschaffen wird.

133 Darüber hinaus müssen bürokratische Hürden und überregulierte Vorschriften in  
134 der TB0 umfassend überarbeitet werden. Ziel ist es, ein schlankeres Regelwerk zu  
135 schaffen, das es Bauträgern erlaubt, effizienter und kostengünstiger zu bauen.  
136 Durch eine Entrümpelung der Bauordnung können moderne, ressourcenschonende  
137 Bauweisen forciert und gleichzeitig die Baukosten gesenkt werden – ein  
138 entscheidender Schritt, um mehr leistbaren Wohnraum zu schaffen. Die  
139 Vorschriften der TB0 müssen dringend auf Sinnhaftigkeit und Praxistauglichkeit  
140 sowie auf Kostentreiber hin geprüft und entsprechend angepasst werden!

#### **141 Bauen außerhalb der Norm rechtssicher ermöglichen**

142 Da eine umfassende Entrümpelung von Normen und OIB-Richtlinien ein langwieriges  
143 Unterfangen darstellt, fordern wir als Sofortmaßnahme um die Baukosten zu  
144 senken und Innovation zu fördern, die rechtliche Möglichkeit, von technischen  
145 Normen abzuweichen. Dies soll jedoch nur zulässig sein, wenn die maßgeblichen  
146 baurechtlichen Schutzziele – wie z.B. mechanische Festigkeit, Brandschutz,  
147 Gesundheit, Schallschutz, Barrierefreiheit und ähnliche Standards – weiterhin  
148 gewährleistet sind.

149 Derzeit besteht selbst dann für ausführende Unternehmen keine  
150 Rechtssicherheit, wenn Bauwerber und ausführende Unternehmen einvernehmlich  
151 beschließen, von bestimmten Normen abzuweichen. Die derzeitige baurechtliche  
152 Lage verlangt den "Stand der Technik", der in der Praxis durch Normen und OIB-  
153 Richtlinien definiert wird. Dadurch bleiben innovative Ansätze und  
154 kostensparende Maßnahmen oft ungenutzt.

155 Wir fordern daher konkret einen Rechtsanspruch des Bauwerbers auf eine  
156 Baubewilligung, selbst bei Abweichungen von technischen Normen, sofern diese  
157 nicht die zentralen baurechtlichen Schutzzwecke beeinträchtigen. Dieser Ansatz  
158 ermöglicht es, rechtssicher Innovationen umzusetzen, Baukosten zu reduzieren  
159 und die Baubranche zukunftsorientiert zu gestalten.

#### **160 Grunderwerbssteuer beim Kauf des ersten Eigenheims 161 abschaffen**

162 Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste Eigenheim kann eine  
163 deutliche finanzielle Entlastung für Erstkäufer darstellen und somit den

164 Einstieg in Wohneigentum erleichtern. In Österreich beträgt die  
165 Grunderwerbssteuer im Allgemeinen 3,5 Prozent der Bemessungsgrundlage <sup>[2]</sup> und  
166 stellt gerade für junge Familien oder Menschen mit begrenztem Eigenkapital eine  
167 erhebliche Zusatzbelastung dar.

168 Durch den Wegfall dieser Steuer würde die finanzielle Einstiegshürde spürbar  
169 gesenkt, sodass mehr Menschen die Möglichkeit erhalten, sich Wohneigentum  
170 leisten zu können. Dies könnte zudem die Eigenheimquote erhöhen, soziale  
171 Stabilität fördern und langfristig die Altersvorsorge vieler Haushalte stärken.  
172 Darüber hinaus signalisiert eine solche Maßnahme, dass der Staat den Traum vom  
173 Eigenheim aktiv unterstützt und die Bildung von Wohneigentum als  
174 gesellschaftlich wertvoll anerkennt.

## 175 **Flex-Miet-Kauf Modelle forcieren**

176 Flexi-Miet-Kauf-Modelle sind hybride Wohn- und Finanzierungsmodelle, die es  
177 Mieter ermöglichen, schrittweise Eigentum an einer Immobilie zu erwerben. Dabei  
178 zahlen sie zunächst eine monatliche Miete, die teilweise oder vollständig auf  
179 den späteren Kaufpreis angerechnet wird. Häufig wird eine Option oder ein  
180 festgelegter Zeitraum vereinbart, innerhalb dessen der Kauf vollzogen werden  
181 kann.

182 Diese Modelle bieten insbesondere Menschen, die nicht sofort eine hohe Anzahlung  
183 leisten können, eine flexible und erschwingliche Möglichkeit, den Weg in die  
184 eigenen vier Wände zu ebnen. Sie schaffen einen gleitenden Übergang von Miete zu  
185 Eigentum, reduzieren die finanzielle Einstiegsbarriere und geben Mieter Zeit,  
186 Kapital aufzubauen oder finanzielle Sicherheit zu gewinnen. Flexi-Miet-Kauf-  
187 Modelle können somit eine Brücke schlagen, um Eigentum für breitere  
188 Bevölkerungsschichten und vor allem auch für junge Menschen wieder leistbar zu  
189 machen.

190 Um Mietkaufmodelle nicht nur für Mietende/Kaufende attraktiv zu machen, muss  
191 auch die Perspektive auf die Vermietenden/Verkaufenden politisch vertreten  
192 werden. Die Politik muss zur Forcierung solcher Modelle Wege finden,  
193 Mietkaufverträge attraktiver als reine Miet- oder Kaufverträge zu gestalten,  
194 um beiden Vertragspartnern Vorteile zu ermöglichen und somit das Mietkaufmodell  
195 attraktiv zu machen.

## 196 **Gemeinnütziges Wohnen**

197 Die Thematik rund um das gemeinnützige Wohnen wird derzeit zu großen Teilen auf

198 Gemeindeebene geregelt. Die Gemeinden entscheiden hierbei, wer wann eine  
199 gemeinnützige Wohnung zur Verfügung gestellt bekommt. Das Ergebnis dieses  
200 Prozederes sind intransparente, komplizierte & korruptionsanfällige Systeme, bei  
201 denen niemand wirklich weiß, wer wieso eine Wohnung bekommen hat. Oft haben  
202 genau jene Personen, die eine gemeinnützige Wohnung am dringendsten benötigen  
203 würden, keine Chance, eine solche zu bekommen.

## 204 **Vergaberichtlinien**

205 Die Vergaberichtlinien für den gemeinnützigen Wohnbau werden auf Gemeindeebene  
206 geregelt und durch den Gemeinderat beschlossen. Somit hat jede Gemeinde in  
207 Österreich ihr eigenes (oft intransparentes) System, wobei niemand wirklich  
208 weiß, wieso gewisse Personen nach kürzester Wartezeit eine Wohnung erhalten, und  
209 andere scheinbar ewig auf der Liste stehen. Freunderlwirtschaft, Korruption und  
210 ein geringes Vertrauen in die Gemeindepolitik sind die logischen Folgen eines  
211 solchen Systems. Wie schnell die derzeitigen Vergaberichtlinien ignoriert  
212 werden, hat man erst kürzlich in Völs gesehen, wo ein Bürgermeister eigenmächtig  
213 einen Mitarbeiter für eine Wohnung vorschlug. <sup>[3]</sup>

214 Wir JUNOS fordern ein Tirol weit einheitliches, transparentes und vor allem  
215 faires Punktesystem, welches von den Bürger: innen nachvollzogen werden kann und  
216 Freunderlwirtschaft unterbindet. Zudem fordern wir eine einheitliche Plattform,  
217 über welche eine gemeinnützige Wohnung beantragt werden kann. Eine solche  
218 Plattform existiert zum Teil schon, wird aber nicht genutzt. <sup>[4]</sup>

## 219 **Einkommensevaluation und befristete Mietverträge im 220 gemeinnützigen Wohnraum**

221 Der gemeinnützige Wohnbau ist eine zentrale Säule, um Menschen mit begrenztem  
222 Einkommen Zugang zu leistungsbarem und qualitativ hochwertigem Wohnraum zu  
223 ermöglichen. Um diesen Zweck zu erfüllen, ist eine regelmäßige  
224 Einkommensevaluation unerlässlich. Sie stellt sicher, dass der begrenzte  
225 gemeinnützige Wohnraum ausschließlich denjenigen zur Verfügung steht, die die  
226 festgelegten Einkommenskriterien tatsächlich erfüllen.

227 Ohne eine klare und kontinuierliche Überprüfung besteht die Gefahr, dass  
228 Haushalte, deren finanzielle Situation sich über die Jahre deutlich verbessert  
229 hat, weiterhin Wohnungen im gemeinnützigen Bereich belegen. Damit werden  
230 Kapazitäten blockiert, die für jene dringend benötigt werden, die sich am freien  
231 Markt keinen adäquaten Wohnraum leisten können. Die Einkommensevaluation schafft  
232 hier Gerechtigkeit und gewährleistet, dass die ursprüngliche Zielsetzung des  
233 gemeinnützigen Wohnbaus nicht unterlaufen wird.

234 Eine Überprüfung der Einkommensverhältnisse alle fünf Jahre durchzuführen,  
235 scheint bei Abwägung des Administrativen Aufwands und der notwendigen Kontrolle  
236 als angemessen. Er gibt den Bewohner: innen Planungssicherheit, sorgt jedoch  
237 dafür, dass Veränderungen in den Einkommensverhältnissen rechtzeitig  
238 berücksichtigt werden können. Ergänzend sollte bei wesentlichen  
239 Einkommensänderungen, beispielsweise durch neue Beschäftigungsverhältnisse,  
240 Erbschaften oder größere Vermögensgewinne, eine verpflichtende Selbstauskunft  
241 eingeführt werden, um auch zwischen den Evaluationszeiträumen Transparenz zu  
242 schaffen.

243 Zudem muss beim gemeinnützigen Wohnraum auf befristete Mietverträge gesetzt  
244 werden. Teilweise werden Mietverträge im Gemeinnützigen Wohnbau unbefristet  
245 ausgestellt. Dies führt dazu, dass Stadtwohnungen oftmals dauerhaft belegt  
246 bleiben, selbst wenn kein tatsächlicher Bedarf mehr besteht. Durch die  
247 Einführung von befristeten Mietverträgen kann sichergestellt werden, dass im  
248 Falle einer Veränderung der Lebensumstände der dringend benötigte gemeinnützige  
249 Wohnraum schnellstmöglich wieder für jene Menschen zur Verfügung steht, welche  
250 wirklich auf ihn angewiesen sind.

## 251 **Zusammengefasst fordern wir:**

- 252 • Nachverdichtung ermöglichen: Anpassung baurechtlicher Vorgaben, um höhere  
253 und dichtere Bauweisen zu erleichtern und Leerstand zu mobilisieren.
- 254 • Wohnbedarfsgerechtes Bauen: an Lebenssituationen angepasste Wohnformen  
255 insbesondere im gemeinnützigen Wohnbau forcieren, wie  
256 familienfreundlicher, altersgerechter und leistbarer Wohnungen.
- 257 • Unabhängige Raumplanung: Überführung der Raumplanungskompetenz auf eine  
258 unpolitische, überregionale Ebene.
- 259 • Innovative Ansätze: Ausbau von Programmen wie Sicheres Vermieten
- 260 • Eigentum leistbar machen: Abschaffung der Grunderwerbssteuer für das erste  
261 Eigenheim, Deregulierung der Tiroler Bauordnung und Förderung flexibler  
262 Miet-Kauf-Modelle.
- 263 • Einheitliche Vergaberichtlinien: Einführung eines Tirol-weiten,  
264 transparenten Punktesystems und einer zentralen Plattform für die Vergabe  
265 gemeinschaftlichen Wohnraums.

- 266     • Regelmäßige Einkommensevaluation: Überprüfung der Einkommensverhältnisse  
267       alle fünf Jahre, ergänzt durch befristete Mietverträge im gemeinnützigen  
268       Wohnbau.

269     **Quellen:**

- 270     [1] [https://www.statistik.at/fileadmin/user\\_upload/Wohnen-2022\\_barrierefrei.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Wohnen-2022_barrierefrei.pdf)  
271     [2] [https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/immobilien-  
272       grundstuecke/grunderwerbsteuer/steuersatz.html#:~:text=Die%20Grunderwerbsteuer%20  
273       im%20Allgemeinen,1%20Z%201%20GGG%20stattfinden](https://www.bmf.gv.at/themen/steuern/immobilien-grundstuecke/grunderwerbsteuer/steuersatz.html#:~:text=Die%20Grunderwerbsteuer%20im%20Allgemeinen,1%20Z%201%20GGG%20stattfinden)  
274     [3] [Politik: Unstimmigkeiten um Wohnungsvergabe im Völser Gemeinderat -  
275       Westliches Mittelgebirge](#)  
276     [4] <https://www.oesterreich.gv.at/formsearch/form/527?gkz=70513>